
FDP-Fraktion im Römer

WOHNUNGSMANGEL MIT ENTSCLOSSENHEIT ANGEHEN

08.02.2023

Frankfurt ist für viele Menschen attraktiv, zudem lockt die gute Infrastruktur täglich zahlreiche Pendler in unsere Metropole. Gleichzeitig stellt sich die Suche nach einer Wohnung für die meisten als schwierig heraus. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Yanki Pürsün: „In der Planungspolitik setzen wir auf Wachstum, doch die innerstädtischen Möglichkeiten begrenzen sich meist auf Nachverdichtungsmaßnahmen. Der geplante Stadtteil der Quartiere östlich der A5 bietet somit die ideale Möglichkeit, all denen die Frankfurter werden wollen, ein Wohnungsangebot zu machen. Allerdings ist die Blockadehaltung der CDU für mich unverständlich. Eine Randbebauung würde nur ein Bruchteil der Wohnungen schaffen, die wir dringend benötigen. Bei der aktuellen Marktsituation noch vorzuschlagen, die Stadt solle Einfamilienhäuser bauen, ist realitätsfern und ökologisch nicht vertretbar.“

Durch die Änderung des Planfeststellungsverfahrens wurde nun ein Weg gefunden, die Entwicklung in einem angemessenen Ausmaß fortzuführen. Pürsün hofft auf die Bestätigung dieses Kompromisses durch die umliegenden Gemeinden. „Die geplante offene und ökologische Bauweise für den neuen Stadtteil bildet den neuesten Stand der Wissenschaft ab und blockiert weder die Frischluftschneise noch die Entstehung von Kaltluft. Damit steht einem neuen Stadtteil nichts im Weg. Daneben schließt die mitgeplante Verlängerung der U7 das Quartier optimal ans Zentrum von Frankfurt an. Auch die Entstehung der Regionaltangente West wird für eine Verkehrsentlastung der Anwohner sorgen. Ein neuer Radschnellweg rundet das Konzept ab.“

Neben Wohnraum fehlt es außerdem an Gewerbeflächen, die der neue Stadtteil ebenfalls abdecken würde. Die IHK mahnt in ihrer jüngst veröffentlichten Pressemitteilung an, dass aufgrund fehlender Flächenverfügbarkeit in Frankfurt Unternehmen kein

Entwicklungspotenzial haben. Pürsün will das für Frankfurt als Wirtschaftsstandort nicht hinnehmen, denn es würde den Wohlstand in der Region gefährden.

Nun liegt es an der Regionalversammlung Südhessen, sich für eine zukunftsorientierte Flächenplanung zu entscheiden.